

GRAZER

www.kpoe-graz.at

# Stadtblatt



Ausgabe 9, November 2016 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

## Aktiv gegen Wohnungsnot

*Elke Kahr übergibt die 564 neue Gemeindewohnung*

Seite 2-5, 24

Wohnungsübergabe in der Albert-Schweitzer-Gasse



Foto: Stadt Graz/Fischer

**Hände weg von  
der Wohnbeihilfe**

Bitte unterschreiben Sie! Seite 24



Helfen statt reden.  
Elke Kahr

**KPO**



## ZITIERT

Nagl „könnte also die Gelegenheit nutzen, die anlaufenden Budgetverhandlungen platzen zu lassen und so Neuwahlen zu provozieren – so die Spekulationen in Graz.“ Standard, 15. 2.2016

„Unsere Gehälter sind nur Peanuts.“ Ursula Stenzel, FP-Stadträtin in Wien. Gehalt 8.700 Euro. Kronen Zeitung, 24.10.2016

„Ich bin 28 und meine Generation ist nach 1989 groß geworden. Wir fürchten uns nicht mehr vor dem Sozialismus, so wie unsere Eltern es im Kalten Krieg taten. Uns hat die Finanzkrise 2008 geprägt. Wir haben keine Angst vor Sozialismus, sondern vor der Wall Street.“ Sarah Leonhard, Unterstützerin von Bernie Sanders. Süddeutsche Zeitung 7.10.2016



„Was unter Ceta und TTIP verhandelt wird, sind keine Freihandelsabkommen, sondern Knebel- und Konzernschutzverträge. Um Zölle geht es doch gar nicht.“ Sahra Wagenknecht, FAS, 2.10.2016

„Vorstände von Dax-Unternehmen verdienen im Mittel 57-mal so viel wie die durchschnittlichen Beschäftigten in ihrer Firma.“ Nachdenkseiten, 7.10.16

Die EU „soll ausgerechnet über einen Militarisierungsschub wieder zu mehr Einigkeit finden. Die »gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik« ist auserkoren, die zentrifugalen Tendenzen zu bremsen und zum einigenden Band der zerbröselnden Staatengemeinschaft zu werden.“ sozialismus.de 12.10.2016

„Der Trend ist der, dass global agierende Konzerne unmerklich ganze Länder übernehmen.“ Christoph Ransmayer, News, 22.10.2016

# A.-Schweitzer-Gasse: Neue Gemeindewohnungen Schönes Wohnen und gut

Im November 2005 hat Elke Kahr das Wohnungsressort der Stadt Graz übernommen. Ein Schwerpunkt ist seitdem die Errichtung von neuen Gemeindewohnungen. Am 4. November wurde in der Albert-Schweitzer-Gasse 14 und 14a die 564 neue Gemeindewohnung an die Mieter übergeben.

Wo noch vor zwei Jahren das Bezirksamt Gries stand, gibt es heute 20 neue, attraktive Gemeindewohnungen zwischen 35 und 78m<sup>2</sup> in der Albert-Schweitzer-Gasse 14 und 14a. Die Mieten

inklusive Betriebs- und Heizkosten liegen zwischen 210 und 435 Euro. „Wir freuen uns, nach der Fertigstellung des Neubaus die 564 neue Gemeindewohnung übergeben zu können“, sagt Wohnungsstadträtin Elke Kahr. „Damit haben wir das Versprechen, in Graz neue Gemeindewohnungen im gesamten Stadtgebiet zu errichten, eingehalten.“

## Schwwestern halten zusammen

„Ich bin gerade mit meiner behinderten Schwester eingezogen“, erzählt uns eine Mieterin. „Als sie ihren Job verloren hat, haben wir beschlossen, dass wir zusammenziehen. Die Alternative wäre gewesen, dass meine Schwester in betreutes Wohnen kommt. Das wollte sie aber nicht. Mein Einkommen ist nicht hoch, deswegen haben wir

um eine Gemeindewohnung angesucht.“ In der Zwischenzeit mussten die Schwestern eine Wohnung am Privatmarkt finden: 83m<sup>2</sup>, Miete inklusive Betriebskosten 1.200 Euro. „Das war für uns nicht leistbar.“ Als sie dann eine behindertengerechte Wohnung in der Albert Schweitzer-Gasse angeboten bekamen, waren sie begeistert. „Ein schöner Neubau, eine tolle Infrastruktur, gute Busanbindungen. Wir wohnen jetzt in einer 66 m<sup>2</sup> große Wohnung und zahlen inklusive Betriebskosten und Heizung 384 Euro“, freut sie sich. „Das Schönste aber war, dass beim Einziehen alle Nachbarn zusammengeholfen haben. Man hat mir geholfen, Kästen zusammenzubauen, ich war mit meiner Nachbarin gemeinsam Möbel kaufen und ein netter Herr half mir beim Tragen der Schachteln.“

## Erste Gemeindewohnung

Eine Mindestpensionistin erzählt: „Das ist meine erste Gemeindewohnung. Ich bin gleich nach der Schlüsselübergabe am 13. Oktober eingezogen, das war mein Geburtstag. Ein schönes Geschenk“,



Die neuen Gemeindewohnungen in der Albert-Schweitzer-Gasse sind ein Schritt zu einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung im Bezirk Gries.

# Wohnungen übergeben eine Nachbarschaft

scherzt die Frau. „Ich habe davor in einem Altbau gewohnt, die Miete inklusive Wohnnebenkosten war zu hoch. Das habe ich mit meiner Pension einfach nicht mehr geschafft“,

schildert sie. „Deswegen habe ich um eine Gemeindewohnung ange-sucht. Ich bin überglücklich und es entlastet mich ungemein.“



Am Rehgrund: Bunte Balkone verleihen dem Haus ein fröhliches Gesicht.

## Neu errichtete Gemeindewohnungen seit 2005

Schönaugasse 132, KiGa, Hort, Elternberatung	45
Grünanger, Ries-Projekt	35
Raiffeisenstraße 186, 188	23
Eggenberger Allee 60	7
Robert Fuchs Straße 15	7
Wittenbauer Straße 58, 58a	22
Floßlendstraße 13, 15	44
Jauerburggasse 1 b, c, d, e	110
Ilwofgasse 32 a-f	45
Mariatroster Str. 186, 186a	13
Zeppelinstraße 10, 10a, 12, 12a, 14, 14a,	91
Am Rehgrund	17
Maria Pachleitnerstraße 22 - 28 (Hummelkaserne)	92
Albert Schweitzer Gasse 14	20



Stadträtin Elke Kahr bei der Wohnngsübergabe am Rehgrund (2014).



## MEINE MEINUNG

Bürgermeister-Stellvertreterin Elke Kahr

### Wohnungsnot: Wir schauen nicht zu

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Die Wohnungsnot und die Mietpreise sind in Österreich und so auch in Graz enorm hoch. Warum ist das so? SPÖ und ÖVP haben 1995 ein Änderung des Mietrechtsgesetzes beschlossen. Damit haben sie die Schleusen für den Mietwucher in unserem Land geöffnet. Bis 1995 gab es in Österreich gesetzliche Mietzinsobergrenzen, danach wurde das leidige Richtwertsystem eingeführt. Horrende Mieten am privaten Markt sind die Folge. Diese Parteien sind seitdem jedoch nicht willens, das, was sie damals angerichtet haben, wieder zu reparieren. Es trifft sie ja auch nicht. Sie schauen zu, wie das Wohnen immer mehr Menschen arm macht.

In Graz haben wir versucht, gegenzusteuern. Mit Erfolg. Vor wenigen Tagen konnten wir die 564 neue Gemeindewohnung übergeben. Gemeindewohnungen bieten langfristig günstige Mietverhältnisse und bremsen den Anstieg der Wohnungskosten auch im privaten Sektor

Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass Schwarz-Rot-Blau im Jahr 2004 die Grazer Gemeindewohnungen verkaufen wollten. Das haben wir verhindert und in den Folgejahren den Bau von neuen Gemeindewohnungen durchgesetzt.

Jetzt geht es darum, auch in den kommenden Jahren neue Gemeindewohnungen in allen Stadtteilen zu errichten. Die Vorarbeiten für mindestens weitere 500 Wohnungen sind schon geleistet worden. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir Ihre Unterstützung!

Ihre Bürgermeisterstellvertreterin Elke Kahr  
Tel. 0316 / 872-20 60

## AUS DEM INHALT



Protest Wohnbeihilfe.....4/5	Lichtverschmutzung..... 17
Maklergebühren: Übergabe.....6	Griechenland muss Trinkwasser privatisieren..... 18
Parteienförderung .....7	Leskoschek-Haus, Impressum.. 19
Murkraftwerk:	Veranstaltungen
Investoren springen ab .....8	im Volkshaus Graz..... 20-21
Elke Kahr hält Wort.....9	Kleinanzeigen,
Aus den Stadtbezirken ..... 11-14	Ankündigungen, Rätsel..... 22-23
Mindestsicherung ..... 15	Unterschriftenliste zur
Die Herrscher der Erde ..... 16	Wohnbeihilfe ..... 24



# KPÖ wehrt sich gegen Kürzungen auf Kosten der Bevölkerung – Schon Verslechterung bei Wo

Mit 1. September 2016 haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark massiv verschlechtert. Sie wurde durch die „Wohnunterstützung“ ersetzt. Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können.

Frau V. ist Alleinerzieherin mit einem 11jährigen Kind. Sie arbeitet Teilzeit, bezieht ein Einkommen von rund 820 Euro, erhält 250 Euro Alimente und 197,20 Euro Familienbeihilfe. Bisher bekam sie 169,83 Euro Wohnbeihilfe. Die Höhe ihrer neuen Wohnunterstützung liegt jetzt bei 11,26 Euro. Die Wohnkosten betragen 558 Euro, Stromkosten 90 Euro. „Unser Leben war schon vor der Kürzung kein Kinderspiel. Ich will nicht im Luxus leben, ich will meinem Kind ein Leben ermöglichen, das ihm

zusteht. Ich finde es ungerecht, dass Politiker über Kürzungen entscheiden, die sich nicht in unsere Lage versetzen können“, erklärt sie.

Im Schreiben, das Frau V. erhalten hat, steht: „Aufgrund der Umstellung von der Wohnbeihilfe zur Wohnunterstützung wurde eine Übergangshilfe eingerichtet, um die Differenz zwischen Wohnbeihilfe und Wohnunterstützung abzufedern.“ Wenn der Verlust der Wohnunterstützung im Vergleich zur Wohnbeihilfe mehr als 40 Euro beträgt, kann man beim Härtefonds ansuchen. Man bekommt die Hälfte der Differenz für ein Jahr lang vom Härtefonds bewilligt. Bei Frau V. sind das 79,29 Euro, allerdings nur für ein Jahr. Diese Übergangshilfe wird nicht automatisch auf ihr Konto überwiesen, sondern es muss erneut ein Antrag gestellt werden. Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Frau V. hat jetzt schon Sorgen, wie sie ihr Leben nach dem

Übergangsjahr meistern wird“. Es wäre eine Katastrophe, wenn diese Kürzung nicht rückgängig gemacht wird. Die Einberechnung der Familienbeihilfe zum Einkommen ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Die Familienbeihilfe wurde 1955 geschaffen, um Kinderarmut in Österreich zu verhindern.

## Mehr als 50.000 Betroffene

Frau V. ist mit ihrem Schicksal nicht allein. „Bei nahezu allen Fällen, die an uns herangetragen wurden, zeigten sich Verschlechterungen. Für viele bedeutet die aktuelle Situation aber nicht nur massive Kürzungen, sondern sogar den Wegfall der Unterstützung“, so Elke Kahr.

„Es ist nicht die erste Kürzung bei der Wohnbeihilfe. Zwischen 2009 und 2014 wurden 27 Millionen Euro bei Wohngeldern eingespart. 2011 wurde die Betriebskostenpauschale halbiert“, so KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weitha-

ler. „Dagegen verteuerten sich die Mieten in den vergangenen fünf Jahren um rund 14,9 Prozent, eine existenzbedrohende Entwicklung.“

## Es trifft alle

Die neue Wohnunterstützung ist bis auf wenige Einzelfälle mit massiven Verlusten verbunden.

Es trifft alle. Besonders schwer haben es jetzt Alleinerziehende, Familien, Pensionisten und Berufstätige mit geringem Einkommen.

Bei Studierenden wird es ebenfalls eine Änderung geben. Sobald ihre Eltern zusammengerechnet mehr als 2.000 Euro verdienen, haben sie keine Chance mehr auf eine Unterstützung. Studierende haben also praktisch kaum noch eine Chance auf Wohnunterstützung.

Ausbezahlt wird die neue Wohnunterstützung erst ab einem Anspruch von über 10 Euro.



Über tausend Menschen protestierten in Graz gegen die neue Verschlechterung bei der Wohnbeihilfe.



# 4000 Unterschriften Wohnbeihilfe



## Wohnen macht arm

1975: Miete öS 600.- Gehalt 4.000 öS also 15% für Miete  
2015: Miete Euro 600.- Gehalt 1.500 € also 40% für Miete

## MASSIVE KÜRZUNGEN

### Einige Beispiele, wie sich die Kürzung der Wohnbeihilfe auswirkt:

**Fall 1:** Eine berufstätige, alleinerziehende Mutter bezieht anstatt wie bisher 169,83 Euro künftig nur noch 14 Euro – die junge Familie verliert also monatlich 155,83 Euro.

**Fall 2:** Eine Mindestpensionistin (837,76 Euro Pension) erhielt bisher 111,05 Euro Beihilfe für ihre Wohnung. Nach der neuen Regelung erhält sie nur noch 43,10 Euro – verliert also monatlich 67,95 Euro.

**Fall 3:** Ein kinderloses Paar, die Frau berufstätig, der Mann arbeitslos, erhielt bisher 145,90 Euro Wohnbeihilfe. Die neue Beihilfe beträgt nur noch 17,77 Euro, ein Minus von 128,13 Euro.

**Fall 4:** Ein Ehepaar mit drei Kindern bezog bisher eine Wohnbeihilfe in der Höhe von 187,74 Euro. Künftig werden es nur noch 108,73 Euro sein, obwohl ein Elternteil AMS-Geld bezieht und der Alltag finanziell schon jetzt schwer zu bewältigen ist. Die Familie verliert monatlich 79,01 Euro.

## HÄNDE WEG VON DER WOHNBEIHLIFE

## Bereits über 4000 Unterschriften

### Unterschriftenaktion der KPÖ:

Die KPÖ wird alles daran setzen, dieses verunglückte Gesetz zu Fall zu bringen. Über 4.000 Menschen haben unsere Aktion bereits unterstützt. Bitte helfen auch Sie mit! – Unterschriftenliste auf der Rückseite dieses Stadtblattes.

## Mieternotruf 717108

[www.kpoe-graz.at/mieternotruf](http://www.kpoe-graz.at/mieternotruf)

## Aus Wohnbeihilfe wird Wohnunterstützung: Was hat sich geändert?

- Die Obergrenze für das monatlichen Einkommen beträgt für eine alleinstehende Person 1.128 Euro. Die 1.128 Euro „Obergrenze“ gelten inklusive 13./14. Gehalt. Für Leute mit „normalem“ Einkommen oder einer Pension heißt das also, dass monatliche 967 Euro die Obergrenze sind.
- Die Beantragung ist per E-Mail nicht mehr möglich.
- Wer nach dem 15. eines Monats ansucht, bekommt die Beihilfe erst ab dem nächsten Monat.
- Wer einen Antrag stellt, muss eine eidesstattliche Erklärung in Schriftform beilegen, dass er kein „Vermögen“ über 4.188,80 Euro besitzt. Im Vergleich dazu: Soziallandesrätin Doris Kampus verdient rund 14.600 Euro monatlich.
- Wenn man ein Fahrzeug besitzt, muss bei der Antragstellung der Zulassungsschein beigelegt werden. Dann wird festgestellt, ob das Fahrzeug dringend benötigt wird.
- Alimente und Kinderbeihilfe werden in die Berechnung des Haushaltseinkommens miteingerechnet. Geleistete Alimentationszahlungen werden aber weiterhin nicht vom Einkommen abgezogen.
- Wohnungsgröße oder Miethöhe spielen keine Rolle mehr.

## KLEIN, aber MIT BISS



Die Wohnbeihilfe wird gekürzt. Ich glaub: Das soziale Gewissen ist beim Land in den Winterschlaf gegangen.



# Weg mit der Maklerprovision für Mieter



7.871 Menschen haben die Forderung „Weg mit der Maklerprovision für Mieter“ mit ihrer Unterschrift unterstützt. Am 21. September haben Vizebürgermeisterin Elke Kahr und Gemeinderat Manfred Eber die Unterschriften persönlich im Parlament an Nationalratspräsidentin Doris Bures übergeben (Bild links).

Wohnen ist Spitzenreiter bei der Teuerung. Die Wohnungseinstiegskosten sind horrend: Maklerprovision, Kautions, Steuer. „Wohnungssuchende, vor allem viele junge Familien, müssen tief in die Tasche greifen“, so Kahr. „Wir wollen daher, dass Maklerprovisionen künftig nur vom Vermieter eingehoben werden.“

In anderen europäischen Ländern ist das längst so. Seit 2015 muss auch in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen. Jetzt ist der Nationalrat am Zug.

## §§ RECHT GEFRAGT §§

### Befristete Verträge: Kündigungsfrist maximal drei Monate

Professionalität, Kundenfreundlichkeit, Rechtssicherheit! Damit werben Immobilienbüros gerne in den verschiedenen Zeitungen und Hochglanzmagazinen. Zumindest Letzteres darf hinterfragt werden.

Peter S., seit anderthalb Jahren Mieter einer Wohnung mit befristetem Mietvertrag, fand eine neue Wohnung, die bereits bezugsfertig war. Er wandte sich im Oktober an seine Hausverwaltung mit der Bitte, unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist – also Ende

Jänner 2017 – aus dem Vertrag aussteigen zu können.

Die Hausverwaltung, ein namhaftes Grazer Immobilienbüro, lehnte ab und verwies auf eine Klausel im Mietvertrag, wonach die Wohnung nur jeweils zum Quartalsende unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist aufgekündigt werden könne und somit das frühestmögliche Mietvertragsende erst Ende März wäre. **Diese Auskunft ist falsch. Jeder befristete Mietvertrag kann vom Mieter nach Ablauf eines**



Mag. Alfred Strutzenberger,  
Mietrechtsexperte im Büro  
von Stadträtin Elke Kahr

**Jahres mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist aufgekündigt werden, egal, was im Mietvertrag vereinbart wurde.**

Diese Regelung gehört zu den einfachsten und elementarsten Regelungen im Mietrechtsgesetz.

Sie als Immobilienprofi nicht zu kennen oder darauf zu hoffen, dass sie der Mieter nicht kennt, bedeutet vieles, nur nicht Rechtsicherheit für den Mieter. Herr S. wies die Hausverwaltung auf ihren Irrtum hin, der Mietvertrag endet nun, rechtlich korrekt, mit Ende Jänner 2017.



**FRAGEN zu „Wohnen in Graz“:**  
Wenn Sie Fragen haben – auch zur Wohnunterstützung – wenden Sie sich bitte an die städtische Wohnungsinformationsstelle WOIST (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450) oder an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2062).

# Mieter-Notruf

Elke Kahr. **KPO**

Tel. **0316 717108**  
mit Vzbgm. Elke Kahr

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.  
**Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)**



# Grazer Parteien kassieren 2,3 Millionen Euro

VP und SP lehnen Kürzung um 10 Prozent ab

Bei der Diskussion um Budget und Gemeinderatswahl wird vieles gesagt. Wichtiger ist aber, wofür VP, SP und FP nicht reden. In den Parteiengesprächen haben sie sich mit Händen und Füßen gegen die Kürzung der Parteienförderung in Graz um 10 Prozent gewehrt. Elke Kahr: „Wer dauernd vom Sparen redet, der sollte eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen. Auf diesem Ohr ist man aber taub und will auf keinen Euro verzichten.“

Es geht um hohe Summen:

weit mehr als zwei Millionen Euro, 2.273.800 Euro insgesamt haben die Grazer Parteien 2016 aus der Stadtkasse bekommen.

Die KPÖ hat eine Reduktion der Parteienförderung für 2017 um 10 Prozent verlangt. ÖVP und SPÖ haben sich quergelegt. 2014 haben die von den Parteien und Klubs kassierten Fördergelder sogar mehr als 2,3 Millionen Euro ausgemacht. Die Kürzung um drei Prozent für 2015/16 ist von der KPÖ durchgesetzt worden.

## Politische Einkommen 2017

Landeshauptmann Schützenhöfer	16.636 Euro
Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer	15.760 Euro
Mitglied der Landesregierung	14.885 Euro
Abgeordnete zum Landtag	5.691 Euro
Bürgermeister Graz	13.571 Euro
Vizebürgermeisterin Graz	11.382 Euro
Stadtregerungsmitglied Graz	10.507 Euro

Das verdienen Politiker ab 2017 brutto monatlich. 0,8 Prozent mehr, wie sie auch für kleine und kleinste Pensionen gelten sind zwar bescheiden, die Summe ist bei Höchsteinkommen aber stattlich.

## Geld für Bankerl statt für Banken



„Geld für Bankerl statt für Banken“. Seit 2012 finanziert die Grazer KPÖ das Aufstellen von Parkbänken und Tischen im Grazer Stadtgebiet. Jährlich werden 10.000 Euro aus der Parteienförderung in Zusammenarbeit mit der Holding Graz für diesen Zweck verwendet. Die Vorschläge für die Standorte kommen aus der Bevölkerung. Die neuen Bankerl stehen in Parks, Wohnsiedlungen, auf Grazer Plätzen und an Gehwegen. Unser Bild zeigt die Tischgarnitur im Innenhof einer Wohnanlage in der Grazbachgasse.

**Elke Kahr und die KPÖ:  
180.000 Euro aus  
Parteienförderung  
weitergegeben**

Auch die KPÖ bekommt in Graz Mittel aus der Parteienförderung. Sie verwendet sie aber anders: Wir finanzieren damit z.B. den Mieternotruf 0316 / 71 71 08. Auch die Aktion „Geld für Bankerl statt für Banken“ wird aus diesen Mitteln gespeist.

Mit 180.000 Euro aus der Parteienförderung hat die KPÖ in den letzten drei Jahren 1.105 in Not geratene Menschen in Graz unterstützt. Das sind 14 Prozent der gesamten Parteienförderung der KPÖ.

Darüber hinaus verwenden Elke Kahr und die KPÖ-Mandatare einen großen Teil ihres Polit-einkommens für konkrete Hilfe. Elke Kahr hat im vergangenen Jahr 55.447 Euro gespendet.

fürchtet  
euch nicht!  
KPÖ



## Ursula Stenzel, FPÖ: 8600 Euro sind „Peanuts“

Kronen Zeitung: Es gibt auch den Vorschlag, Ihr Gehalt einzusparen und auf die nicht amtsführenden Stadträte zu verzichten.

**Ursula Stenzel:** „Unsere Gehälter sind nur Peanuts! Der Regierung steht das Wasser bis zum Hals, weil sie nicht bei der Mindestsicherung ansetzen will. Dass sie jetzt 100 Millionen Euro auf Kosten der Beamten oder der Bezirke sparen will, zeigt nur ihr massives Versagen.“



# Wien-Energie will Murkraftwerk nur „prüfen“ Jetzt die Notbremse ziehen!

Am 2. November 2016 hat es einigen Befürwortern des Grazer Murkraftwerkes die Sprache verschlagen. Nach dem abgesprungenen Investor Verbund zögert auch Ersatz-Investor Wien-Energie.

Am 2. November fasste der Aufsichtsrat der Wien Energie nicht den erwarteten Beschluss, sich mit 50 Prozent an den Kosten des Grazer Murkraftwerkes zu beteiligen. Es sollen hingegen – ohne Zeitlimit – weitere „Detailprüfungen“ stattfinden. In Wien will man nicht einmal mehr sagen, dass man dem Projekt „grundsätzlich positiv“ gegenübersteht.

Zuvor hatten ÖVP, SPÖ, FPÖ in Graz – und vor allem das Management der Energie Steiermark – das Gegenteil behauptet. Der Beschluss der Wiener Partner wäre nur mehr eine Formsache, die Bagger würden jederzeit auffahren können.

## Heiße Kartoffel Murkraftwerk

Damit stehen die Kräfte, die das Mammutprojekt Murkraftwerk mit aller Gewalt durchziehen wollen, wieder fast dort, wo sie schon im

Frühjahr gewesen sind. Damals war der Verbund als Partner abgesprungen, weil das finanzielle Risiko zu groß ist.

Obwohl der Unternehmenssprecher der Energie Steiermark damals behauptete, dass die Investoren für das Kraftwerk Schlange stehen würden, rührte sich lange Zeit nichts. Dann entdeckte man die hoch verschuldete Stadt Graz als Investorin: Die teilprivatisierte Energie Graz (je zur Hälfte im Eigentum der Holding Graz und der EStAG) sollte mit 10 Millionen Euro in das Murkraftwerk einsteigen. Und von der Stadt Graz selbst wurden noch einmal 20 Millionen Euro als Kredit zugesagt.

Der entsprechende Gemeinderatsbeschluss im September sollte den Weg für die Beteiligung der Wien Energie frei machen und das finanzielle Risiko auf mehrere Schultern verteilen.

Jetzt ging es Schlag auf Schlag: EStAG und Energie Graz fassten in den Aufsichtsräten den Baubeschluss, vorbehaltlich des Beschlusses der Wien Energie. Und dann kam – lange nichts bis zur Überraschung am 2. November.

## Großes Schweigen bei ÖVP, SPÖ und FPÖ

In Wien findet derzeit eine tiefgreifende Umstrukturierung der Wien Holding statt. Dabei musste der für den Energiesektor zuständige Vorstandsdirektor seinen Hut nehmen. Anscheinend steht die gesamte Unternehmensstrategie auf dem Prüfstand.

Und was geschieht in Graz? Die sonst so lautstarken Politiker von ÖVP, SPÖ und FPÖ hüllen sich in Schweigen. Und der Unternehmenssprecher der Energie Steiermark kündigte an, dass es vor Jahresbeginn auf alle Fälle den Baubeginn für das Murkraftwerk geben wird, auch wenn man bis dahin keinen neuen Investor gefunden hat.

## Blindflug stoppen!

Dahinter steckt Folgendes: Die Abmachungen mit der Stadt Graz über finanzielle Beteiligungen gelten nur bis Jahresende und werden hinfällig, wenn bis dahin nicht gebaut wird. Deshalb ist zu erwarten, dass es nur einen symbolischen Baubeginn geben wird, dem kein breitflächiges Abholzen von Bäumen folgt.

Man wendet nur einen alten Trick von Bauherren an – und man will so-oder-so den Wahlkampf der herrschenden Parteien in Graz nicht stören. **Elke Kahr:** „Diese neue Entwicklung beweist, dass eine Volksbefragung über das Murkraftwerk nicht nur sinnvoll gewesen wäre, sondern auch nicht zu spät gekommen wäre.“

Seit dem 2. November lebt die Hoffnung auf ein Umdenken bei den Betreibern sowie bei ÖVP, SPÖ und FPÖ wieder. Immerhin geht es um nicht weniger als 84 Millionen Euro für die Stadt. Ein weiterer Blindflug in Sachen Murkraftwerk würde nur noch höhere Kosten verursachen.



ÖVP, SPÖ und FPÖ haben im Gemeinderat die Volksbefragung zum Murkraftwerk trotz Vorlage der erforderlichen 10.000 gültigen Unterschriften verhindert. Am Tag der Entscheidung demonstrierte die Plattform „Rettet die Mur“ vor dem Rathaus. (Foto: Franz Keppel)



# Neuwahl in Graz: Der Unterschied

Am 5. Februar wird in Graz der Gemeinderat neu gewählt. Viele Menschen fragen, warum das notwendig geworden ist. Das Grazer Stadtblatt gibt Antworten.

## Hat die KPÖ die Neuwahlen vom Zaun gebrochen?

Bürgermeister Nagl ist noch jeder Budgetpartner abhandengekommen: 2012 die Grünen, 2014 die FPÖ. Hätte die KPÖ vor zwei Jahren nicht zugestimmt, wäre schon im Frühjahr 2015 neu gewählt worden. So konnte die KPÖ viele Verbesserungen, wie Gebühren- und Tarifstopp oder die ermäßigte Jahreskarte durchsetzen. Und eine Kürzung der Parteienförderung. Eine Gemeinderatswahl im Frühjahr 2015 hätte eine deutliche Verkürzung der Gemeinderatsperiode um mehr als zwei Jahre bedeutet. Jetzt geht es um einige wenige Monate bei der Vorverlegung der Wahl.

## Warum gibt es Neuwahlen?

Die Wahl wird um einige Monate vorverlegt, weil ÖVP, SPÖ und FPÖ keine Volksbefragung zum Murkraftwerk wollen. Das Murkraftwerk ist ein Projekt, das Graz tiefgreifend verändern würde. Die KPÖ hat sich aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen immer gegen das Murkraftwerk ausgesprochen. Und wir wollen den Willen von über 10.000 Grazerinnen und Grazern nach einer Volksbefragung respektieren.

## War das Budget für 2017 schon ausverhandelt?

Nein. Über die von der KPÖ angestrebte Senkung der Parteienförderung um 10 Prozent wurde nicht einmal gesprochen. Beim Investitionsbudget war noch sehr vieles unklar – gerade weil durch eine einzige teure Großinvestition der Spielraum für wichtige Vorhaben über Jahre stark eingeschränkt wird. Das Geld wird unserer Stadt bei anderen wichtigen Investiti-

onen fehlen: beim öffentlichen Verkehr, beim Wohnen, bei Bildung, Kultur und in der Pflege. Auch damit werden Arbeitsplätze geschaffen – und zwar dauerhaft. Es fehlte uns auch die Zusage von ÖVP und SPÖ, dass es zu keinen Verschlechterungen für das städtische Personal und die Beschäftigten bei der Holding Graz kommen wird.

## War die festgelegte Schuldenobergrenze also gar nicht so ernst gemeint?

Seltsam ist, dass die, die immer das „Schuldenmachen“ bejammern, sich bei so einem Projekt plötzlich darüber hinwegsetzen. Der zentrale Speicherkanal wäre nicht so dringend gewesen, wenn er nicht Voraussetzung für das Murkraftwerk wäre. Wenn es darum geht, einem Energiekonzern Geschäfte zu ermöglichen, gelten offenbar andere Maßstäbe.

Unsere Stadt muss in schwierigen Zeiten ihr soziales Gesicht zeigen. Bürgerbeteiligung darf kein leeres Wort sein. Deshalb hat die KPÖ in dieser Frage Haltung gezeigt.



Foto: VinziWerke

Elke Kahr hat für alle ein offenes Ohr. Hier am Tag der offenen Tür im VinziDorf.

## Will die KPÖ keine Verantwortung übernehmen?

Ernest Kaltenegger und Elke Kahr haben im städtischen Wohnungswesen seit 1998 einiges erreicht: Die Beseitigung des Substandards, den Kautionsfonds, die Mietzins-zuzahlung.

Eine Privatisierung der Gemein-dewohnungen konnte abgewendet werden.

Außerdem wird wieder Wohnraum

in städtischem Besitz neu errichtet. Einem Budget, das im Sinne einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung ist, wird die KPÖ zustimmen. Einem Budget, das Unsummen für ein umstrittenes Projekt ausgibt, ohne das Volk zu befragen, wird die KPÖ nicht zustimmen. Das ist der Unterschied. Manchmal ist es die größere Verantwortung, einem Budget nicht zuzustimmen.

## UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG... ... und gewinnen Sie kleine Buch- und Sachpreise

### Murkraftwerk: Wie hätten Sie gehandelt?

Das Murkraftwerk soll gebaut werden, obwohl es schwere wirtschaftliche und ökologische Bedenken gibt. Was würden sie tun?

- Den Bau ohne Rücksicht durchsetzen, egal was es kostet, um Großinvestoren nicht zu verärgern.
- Die Bevölkerung fragen! 84 Millionen Euro werden in anderen Bereichen viel dringender benötigt.

Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Ich möchte kostenlos und unverbindlich Informationen der KPÖ Graz erhalten.

Name:

Adresse:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_



An das  
**GRAZER Stadtblatt**

Elke Kahr  
 Volkshaus, Lagergasse 98a  
 8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91  
 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at



## MEINUNG

Von Kurt Luttenberger,  
Arbeiterkammerrat des  
GLB und KPÖ  
Gemeinderat



## Über soziale Gerechtigkeit!

Der politische Wind weht immer rauer, wenn es sich um die Verteidigung/den Erhalt unseres Sozialstaates handelt.

Während der Kollektivvertrags-Verhandlungen sprechen ÖGB bzw. Unternehmen und Kapital praktisch nur wenig von Fortschritten zugunsten der arbeitenden Menschen. Es geht fast immer „bei uns“ um Lohn- und Gehaltverluste, die „Zuckerln“ der Steuerreform werden gerade wieder von der kalten Progression aufgezehrt. Politiker hingegen bekommen jedes Jahr ohne viel Gefeielsche deftige Erhöhungen ihrer eh schon nicht mageren Gagen. Als Gegenleistung reden sie den von uns errungenen und bezahlten Sozialstaat krank. Sie zerstören den Sozialstaat Stück für Stück. Die oberen drei Prozent der Reichen und Superreichen, Großunternehmen, Spekulanten und Krisengewinnler werden als „Leistungsträger“ schön in Ruhe gelassen. Das „Bummerl“ kriegen wir.

Aktuell feiert gerade in der Steiermark VP/SP die drastische Verschlechterung der Wohnbeihilfe auf Wohnunterstützung und das faktische Absenken der bedarfsorientierten Mindestsicherung als „gerecht“ und sozialen Fortschritt. Diese Damen und Herren Politiker (teilweise leider auch zugleich wichtige Funktionäre in AK und ÖGB) wissen aber ganz genau, dass dies vor allem Alleinverdienern, arbeitende Menschen mit geringem Einkommen, Mindestpensionisten, Studenten usw. trifft – es scheint dennoch egal zu sein.

Schönen Herbst wünscht  
**Kurt Luttenberger**

# „Werde vom System zerrieben“

## Ein Speditionskaufmann über das Problem mit dem Kombilohn

Karl S.\* hat den Beruf des Speditionskaufmanns erlernt. Bis vor fünf Jahren war für ihn die Welt noch in Ordnung. Doch dann erkrankte er schwer. Krankenstand, Krankenhausaufenthalt, Rehabilitation, Arbeitslosigkeit waren die Folgen.

Mit seiner Krankengeschichte kam Herr S. für eine Tätigkeit in einem Speditionsbetrieb nicht mehr in Frage. Er zog die Konsequenz und orientierte sich beruflich neu. „Ich hatte das Glück, einen Betrieb zu finden, der mir eine 50%-Stelle anbot. Für den Wiedereinstieg nach längerer Erkrankung eine sehr gute Option – wäre da nicht der finanzielle Einbruch gewesen“, erzählt Herr S.

Auf Rat einer Bekannten suchte er schließlich beim AMS um Kombilohn an. Bis zu drei Jahre lang könne man diesen in Anspruch nehmen, hieß es. „Für uns war es eine große Hilfe, da zwei geringe Gehälter für eine fünfköpfige Familie kaum ausreichen“, sagt Karl



Ein Sozialsystem, das diesen Namen verdient, muss auch behinderten Personen ein ausreichendes Einkommen bieten.

S. Der 49jährige hat drei Kinder im Alter zwischen 15 und 19 Jahren.

### Kombilohn nur ein Jahr

Doch nach einem Jahr, kam plötzlich das Aus. Der Kombilohn dürfe nicht länger als ein Jahr gewährt werden, hieß es. Wie die

Familie sich nun finanziell über Wasser halten soll, ist unklar. „Für Menschen, die krank sind und arbeiten wollen, gibt es keinerlei Hilfestellung vom Staat“, stellt Herr S. verbittert fest. „Im Moment habe ich das Gefühl, dass ich in diesem System zerrieben werde“.

Ausweg zeichnet sich keiner ab. Denn 2014 wurden Berufsunfähigkeits- und I-Pension für Jahrgänge nach 1964 praktisch abgeschafft. „Mein behandelnder Facharzt hat mir geraten, mein Beschäftigungsmaß zu reduzieren. Ich bin auf dem besten Weg in die nächste Erschöpfungsfalle. Wie soll das gehen?“, fragt Herr S.

„Jeder Mensch kann in eine Situation kommen, wo er auf soziale Unterstützung angewiesen ist“, sagt Vizebürgermeisterin Elke Kahr. „Hinter Zahlen und Statistiken stecken immer Menschenschicksale. Das darf man nie vergessen. Deshalb ist es uns auch so wichtig, dass alle Menschen Anspruch auf Sozialleistungen haben, wenn sie sie brauchen, und nicht auf Almosen angewiesen sind.“

## Frauenarbeit ist mehr wert



Unter diesem Motto erinnerte die KPÖ am 6. Oktober an den Equal-Pay-Day. An diesem Tag haben Männer statistisch bereits jenes Einkommen erreicht, für das Frauen bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. In der Steiermark verdienen ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen um durchschnittlich 23,54 % weniger als ihre männlichen Kollegen!





## FÜR INFOS BEI BAUMFÄLLUNGEN

Immer wieder sorgen überraschende Baumfällungen durch die Behörde für Unmut. Oft haben Fällungen aber ihren Sinn – etwa, um kranke Bäume durch junge, gesunde zu ersetzen.



KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**: „Um die Zweifel bezüglich

der Notwendigkeit dieser Eingriffe zu minimieren, wäre es gut, die Gründe für das Handeln durch die Stadt darzulegen. Auf einer einfachen Holztafel könnten diese vermerkt sein, gemeinsam mit einem Hinweis auf mögliche Neupflanzungen.“

## FÜR FAIRE HALLENBAD-PREISE

Für Saisonkarten in den Grazer Schwimmbädern *Auster* und *Bad zur Sonne* wurden die Preise wieder einmal angehoben. Sie kosten für Erwachsene nun schon 231,90 Euro in der Auster und 195,30 Euro im Bad zur Sonne.



Unverständlich ist der große Preissunterschied für Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung. Sie bezahlen für eine Saisonkarte

im Bad zur Sonne 111,50 Euro, in der Auster vergleichsweise stolze 185,20 Euro.

„Diese Preisdifferenz von 74 Euro ist nicht nachvollziehbar“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. Er macht sich für eine Senkung und Vereinheitlichung der Eintrittspreise für Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung stark.

## NAHERHOLUNGSGEBIET SICHERN!

Das Naherholungsgebiet Schloss St. Martin – Alt Grottenhof ist die letzte große zusammenhängende „grüne Lunge“ im Südwesten von Graz. „Tausende Menschen nutzen diesen stattlichen Naturraum, um sich zu erholen oder sich sportlich zu betätigen“ weiß KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger**.



Derweil wächst der Bevölkerungsdruck. Das Areal „Tennisparadies“ wird umgebaut, daneben wird eine

„Green City“ mit hundert neuen Wohnungen errichtet. Ein künftiger Umsteigeknoten hinter der Landespolizeizentrale kommt noch dazu. Luttenberger wollte daher von Bürgermeister Nagl wissen, ob er bereit

wäre, sich für ein nachhaltiges und sicheres Konzept für das Naherholungsgebiet einzusetzen. Der Bürgermeister versprach, bald konkrete Pläne für dieses Naherholungsgebiet vorzustellen.

## KINDER- UND JUGENDPSYCHIATRIE VERBESSERN!

Im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie ist in Graz eine eindeutige Unter- bzw. Fehlversorgung gegeben. Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen sind im Ansteigen begriffen. „Angesichts des Bevölkerungszuwach-



ses in Graz ist es dringend nötig, ausreichend quantitative wie qualitative Kapazität zu gewährleisten“, sagt KPÖ-Gesundheits-sprecherin **Elke Heinrichs**. Ihr diesbezüglicher Antrag im Gemeinderat wurde einstimmig angenommen.

## DICHTEVERORDNUNG ÄNDERN!

Viel zu oft werden Bebauungsdichten überschritten. „Begründet ist das in der Bebauungsdichteverordnung des Landes Steiermark“, weiß KPÖ-Stadtplanungssprecher **Manfred Eber**. Die Möglichkeiten für Überschrei-



tungen sind zu allgemein gehalten und es gibt für sie auch keine Höchstwerte (beispielsweise 20 Prozent). Eber forderte deshalb Bürgermeister Nagl auf, sich beim Land Steiermark für eine Novellierung der Verordnung starkzumachen.

## RASCHE HILFE FÜR SCHÜLER/INNEN

Sogenannte „Helferkonferenzen“ sollen in enger Zusammenarbeit von Eltern, LehrerInnen und SozialarbeiterInnen Hilfsmaßnahmen zum Wohle von Kindern, die es nicht leicht haben, erarbeiten. Leider gelingt es nicht im-



mer, dass rasch gehandelt wird. KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** ersuchte deshalb im Gemeinderat um Maßnahmen zur Beschleunigung. „Im Interesse der Kinder gilt es, schneller handlungsfähig zu sein“, so Taberhofer.

## FÜR MEHR FAHRRADSTÄNDER

Auch wenn sich in letzter Zeit einiges bewegt hat, fehlt es in manchen Bereichen der Stadt nach wie vor an ausreichenden Fahrrad-Abstellplätzen. **Robert Krotzer** (KPÖ) hat konkrete Vorschläge aus



der Bevölkerung für die Errichtung von Fahrradstellflächen gesammelt und diese als Antrag in den Gemeinderat eingebracht. Das Straßenamt wird die Vorschläge nun prüfen.

## SICHER RADELN

Die Unfallzahlen sind 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 14,5 Prozent gestiegen. Und an jedem vierten Unfall waren RadfahrerInnen beteiligt – meistens als Opfer.



„Als wahrer Rad-Unfall-Hotspot kann die vor-

nicht allzu langer Zeit umgestaltete Annenstraße bezeichnet werden“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Sie mahnte bei Verkehrstadtrat Eustacchio (FP) Maßnahmen für mehr Sicherheit ein.

## FÜR SIE ERREICHT



## ROLLSTUHL UND SCHLOSSBERGBAHN

Nicht alle Rollstühle können mit dem Treppenlift zur Schloßbergbahn gelangen. Darum schlug KPÖ-Gesundheits-sprecherin **Elke Heinrichs** vor, den Lift Menschen, die einen Behindertenausweis mit dem Zusatzvermerk „geh-

behindert“ und eine Sozialcard/Mobilität mit Aufpreis für die Schloßbergbahn haben, kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das Sozialamt hat den Vorschlag aufgegriffen und bereits umgesetzt. Die KPÖ sagt Danke!



## Schererpark: Sportamt einbeziehen!

**WETZELSDORF.** Auf Drängen von KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** wurde die Sanierung des heruntergekommenen Schererparks in Aussicht gestellt. Allerdings ohne Einbeziehung der BürgerInnen und des Bezirksrats. Sikora: „Auf die Bedürfnisse älterer Kinder und Jugendlicher und die bereits 2010 versprochenen Toiletten darf nicht vergessen werden. Außerdem sollte das bei Sportplätzen erfahrene Sportamt mit einbezogen werden, um Fehlkonzepte zu vermeiden.“

## Neuer Gackerl-Sackerl-Spender

**GRIES.** Bezirksvorsteher-Stellvertreterin **Gerti Schloffer** (KPÖ) bedankt sich bei der zuständigen Magistratsabteilung für die rasche Montierung eines Hundesackerl-Spenders am Platz der Begegnung vor dem *Bad zur Sonne*. Sie bittet die HundebesitzerInnen, die Sackerln auch zu verwenden.

## Kostenloses E-Lastenrad

**GEIDORF.** Bald kann man beim *Bicycle* in der Körösstraße 5 kostenlos ein E-Lastenrad ausleihen. Auf Initiative des kommunistischen Bezirksvorsteher-Stellvertreters **Hanno Wisiak** stellt es der Bezirksrat in Kooperation mit dem sozialökonomischen Betrieb *Bicycle* und der Grätzeliniziativa Margaretenbad zur Verfügung.

## ALKOHOLVERBOT IM LENDVIERTEL?



**LEND.** Im Bezirksrat forderte die ÖVP eine Alkoholverbotzone vom Südtirolerplatz über die Mariahilferstraße bis zum Lendplatz. „Lärmende Nachtschwärmer“ sowie „Bettler“ und „Obdachlose“ sind der ÖVP Lend ein Dorn im Auge. Die KPÖ stimmte gegen diesen Antrag: Erstens sind Lärmbelästigungen und das Verrichten der Notdurft schon jetzt strafbar und werden dementsprechend geahndet. Zweitens weichen Obdachlose kurz in einen an-

deren Stadtteil aus, wenn sie hier verdrängt werden. Mit einem Flashmob protestierte die kommunistische Jugend gegen die Pläne (Foto). Die KPÖ Lend macht sich seit Jahren für die Wiedererrichtung der Bahnhofsmision stark. Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Christian Carli** (KPÖ): „Die bestehende Gesetzeslage ist völlig ausreichend, um gegen etwaige Missstände vorzugehen. Eine verstärkte Sozialbetreuung wäre wesentlich nachhaltiger.“

## GEFAHRENSTELLE ENTSCHÄRFT



**RIES.** Immer wieder kam es am Großgrabenweg wegen schlechter Sicht zu brenzligen Situationen. Auf Wunsch von Bezirksvorsteher-Stellvertreterin

**Silvana Weidinger** (KPÖ) wurde nun ein Verkehrsspiegel montiert. Sie dankt den zuständigen Stellen für die prompte Umsetzung.

## GESPRÄCHSRUNDE ZUM RÖSSELMÜHLPARK



**GRIES.** In letzter Zeit häuften sich die Beschwerden rund um Geschehnisse im Rösselmühlpark. Auf Anregung der KPÖ-Bezirksräte hat das Friedensbüro ein Treffen einberufen, um Probleme gemeinsam zu erörtern und Lösungen zu finden. Teilgenommen haben Bezirksräte, ein

Mitarbeiter des Sicherheitsbüros, die Geschäftsführung der „Postgarage“, ein Mitarbeiter der Magistratsdirektion, Werner Miedl vom Verein „Sicher Leben in Graz“ und Vertreter des Stadtteilbüros Griesviertel. Weitere Gesprächsrunden sind geplant.

## VOLKSSCHULE VIKTOR KAPLAN: ZUBAU ERÖFFNET



**ANDRITZ.** Rechtzeitig zu Schulbeginn wurde der Zubau der Volksschule Kaplan fertig: Damit gibt es mehr Platz und eine bessere Atmosphäre in der Unterrichtszeit und in der Nachmittagsbetreuung. Zahlreiche Ehrengäste waren bei der Eröffnung des ansprechenden Baus anwesend. Bezirksvorsteher-Stellvertreterin **Karin**

**Reimelt** (KPÖ) sagte dort: „Im Sinne von mehr Bewegungsraum für die Kinder sollte der Turnsaal – er war wiederholt von Schimmel befallen! – dringend komplett saniert werden.“ Die Kinder dürfen die Grünflächen von November bis März nur bei geschlossener Schneedecke benutzen, um die Grasnarbe zu schonen.





# Überdimensionierte Verbauung in Lend?

**LEND.** Ein Veranstaltungssaal für bis zu 740 Besucher, ein Café, eine Tiefgarage für 32 PKW und bis zu sechs Wohneinheiten sollen in der Kalvarienbergstraße/Grimmgasse entstehen. Zwei Privatpersonen treten als Bauwerber auf. Sie haben das Bauansuchen von „vineyard“, einer evangelikalen Gruppe, übernommen. Im Juli wurde die Baubewilligung erteilt.

KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**: „Die Bewilligung wurde auf Grundlage von Gutachten erstellt, die bereits fünf Jahre alt sind. Das erhöhte Verkehrsaufkommen und fehlende Parkmöglichkeiten wurden nicht oder nur unvollständig behandelt.“ Grundsätzlich ist dieses dicht verbaute Wohnge-



Ein Veranstaltungszentrum einer evangelikalen Freikirche, das über 700 Personen fassen soll, sorgt für Unmut. Die KPÖ stellt sich hinter die Anwohner.

biet nicht für ein solches Zentrum geeignet.

Nun wurde eine Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht eingebracht. Vizebürgermeisterin **Elke Kahr** stellt sich hinter die Anrainer: „Gerade hier mangelt es an öffentli-

chen Grünflächen. Die KPÖ verlangte schon vor vielen Jahren – noch vor dem ersten Bauansuchen –, an dieser Stelle eine Grünfläche zu errichten. Dieser wichtigen Forderung wurde leider nicht entsprochen.

## GASTGARTEN VERSPERRT DEN WEG

**INNERE STADT.** Im Sommer konnte Familie K. den Gehsteig zu ihrer Wohnung plötzlich nicht mehr benutzen. Ein Gastgarten versperrte den Weg. Die Alternative, den abschüssigen gepflasterten Weg durch die Stiegegasse mit mehreren Stufen hin zur

Sporgasse, kann Herr K., der auf einen Rollator angewiesen ist, ohne fremde Hilfe nicht bewältigen.

In ihrer Not hat Familie K. verschiedene Stellen kontaktiert, fand aber kein Gehör. Begründet wurde dies damit, dass der Betreiber des Gastgartens eine auf-



rechte Gastgarten-genehmigung habe. „Ein Gastgarten auf einem Gehsteig sollte nur so genehmigt werden, dass die Fußgängerinnen und Fußgänger nicht behindert werden“, sagt KPÖ-Bezirksrätin **Heide Bekhit**. Sie appelliert an das Straßenamt, bei der Genehmigung im nächsten Jahr umsichtiger mit den Bedürfnissen der Anrainerinnen und Anrainer umzugehen.

## PARK&RIDE FÖLLING LEER – LINIE 58 VERLÄNGERN!



**MARIATROST.** Die Park&Ride-Anlage in Fölling wird von der Bevölkerung kaum angenommen, viele Abstellplätze bleiben leer. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** plädiert für eine Anbindung bis zur Stadtgrenze: „Eine Ver-

längerung der Buslinie 58 bis zum Gasthaus Gruber würde nicht nur den Pendlerinnen und Pendlern, sondern auch den Mariatrostern sehr entgegenkommen.“ Ein Antrag wurde im Gemeinderat bereits gestellt.

## HOFBAUERPLATZ: ÜBERDACHUNG RENOVIEREN!



**EGGENBERG.** Die Überdachung des Bauernmarkts am Hofbauerplatz ist renovierungsbedürftig. Da der Beton der Säulenkonstruktion an verschiedenen Stellen langsam abbröselt, ist sie bei Schlechtwetter undicht.

„Langfristig besteht die Gefahr, dass die Dachkonstruktion nicht mehr ausreichend stabil ist“. Deshalb ersuchte Gemeinderätin **Uli Taberhofer** (KPÖ) den zuständigen Stadtrat um eine baldige Renovierung.

## Mehr Mistkübel für den Bezirk!

**STRASSGANG.** Auf Ersuchen von KPÖ-Bezirksrätin **Ruth Masser** wurden beim Parkplatz am Ende der Martinhofstraße/Ecke Krottendorferstraße, in der Mela-Spira-Straße und in der Kurve der Kehlbergstraße am Weg zum Bründlteich dringend nötige Abfallkörbe aufgestellt. Sie werden von der Bevölkerung bereits gut angenommen.

„Ein herzliches Danke gilt den zuständigen Stellen der Holding Graz“, sagt Masser. Die Bezirksrätin appelliert an die Bevölkerung, keinen Restmüll aus den Haushalten in den öffentlichen Abfallbehältern zu entsorgen.



Satire von Günter Eichberger

# Kahlschlag



Der Herr Bürgermeister steht vor dem Spiegel und spricht zu seinem Bild: „Es macht keinen Spaß mehr, dieser Kaste der Politiker anzugehören, die für die Bevölkerung das Letzte vom Letzten ist. Habe ich vor sechs Jahren gesagt. Aber was kümmert mich mein Geschwätz von damals?

Ich gehe weit über Adenauer hinaus: Mich kümmert ja mein Geschwätz von heute schon nicht. Was ich sage und was ich tue, sind zwei Paar Schuhe. Wenn es mir passt, setze ich mit großer Geste Volksbefragungen an, am besten zu Fragen, die gar nicht in meinem Einflussbereich liegen. Dann kann niemand erwarten, dass ich das Ergebnis auch umsetze. Wenn der Volksentscheid wie im Fall Reininghaus anders ausfällt als gewünscht, vergeht mir mein basisdemokratischer Eifer schnell wieder. Ich bin eben flexibel. Das ist mein Grundsatz. Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Wendigste im ganzen Land?“ Leutselig zwinkert er seinem Spiegelbild zu.

„Die Menschen wollen weder für dumm verkauft, noch für Stimmen gekauft werden, habe ich seinerzeit gesagt, und der Satz klingt auch heute noch gut, was auch immer er bedeuten mag. Einfach bestechend. Da müsste mir doch zum Murkraftwerk auch was Amüsantes einfallen. Schließlich habe ich vor vier Jahren auf Parteikosten eine repräsentative Befragung in meinem erweiterten Bekanntenkreis durchgeführt. 30.000 meiner überzeugten Wählerinnen und Wähler haben sich unentgeltlich daran beteiligt. 75,7% haben sich wohlüberlegt für das Murkraftwerk ausgesprochen. Das heißt: für eine saubere Mur! Hinzufügen möchte ich: Besserer Blick auf die Mur durch Kahlschlag!“ Der Bürgermeister kichert: „Dafür brauchen andere Gagschreiber. Mit mir macht Politik halt Spaß. Ich hoffe nur, dass ich nach meiner politischen Zeit wieder resozialisierbar bin.“

*Günter Eichberger lebt als freier Schriftsteller in Graz.*

## Tag der offenen Tür im VinziDorf



### Heimat für Obdachlose

Foto: VinziWerke

Das VinziDorf bietet obdachlosen Personen schon seit Jahrzehnten eine Heimat. Bewohner und Mitarbeiter nehmen einander so an, wie sie sind. Am Tag der offenen Tür gab es ein gemütliches Beisammensein der Bewohner und vielen Gästen bei Würstel und Bier. Es spielten die Kirchbacher Neujahrsgeiger.

Die KPÖ bedankt sich bei allen Bewohnern und Mitarbeitern der Vinzenzgemeinschaft für diese jahrzehntelange, wertvolle und uneigennützte Arbeit.

## Benefizkicken für Parkbetreuung



Anfang Oktober traten Schüler der NMS St. Andrä und der NMS Albert Schweitzer am Sportplatz an der Karlauerkirche „Bubble Platz“ gegeneinander an.

Danach wurde für den guten Zweck gekickt: Mario Haas, Gilbert Prilasnig und andere Ex-Profifußballer kickten gegen das Team Rathaus, darunter Vizebürgermeisterin Elke Kahr und Sportstadtrat Kurt Hohensinner und weitere Mitarbeiter der Stadt Graz. Wie nicht anders zu

erwarten, siegten die Profis mit 8:4 gegen das Team Rathaus. Organisiert wurde das Turnier von Michaela Strapatsas: „Der Sportplatz Karlauerkirche ist ein ganz besonderes Projekt unserer Initiative ‚Gesunde Stadt‘ in einem benachteiligten Stadtviertel“, betont Strapatsas. Die Erlöse der Veranstaltung kommen im Sommer der Finanzierung eines Sport- und Musikangebotes speziell für Kinder psychisch kranker und schwer belasteter Eltern zugute.



## Mindestsicherung: Wohnungsaufwand gestrichen

Zuerst wird Neid geschürt, dann gekürzt. Aktuelles Beispiel: Die Mindestsicherung in der Steiermark.

Nach der Abschaffung der Wohnbeihilfe ist jetzt auch die Kürzung bei der Mindestsicherung beschlossene Sache. 837,76 Euro bekommen Alleinstehende/Alleinerzieher/innen im Monat, 628,32 Euro Volljährige, die mit anderen Volljährigen im selben Haushalt leben. Das bleibt gleich.

Doch der sogenannte „ergänzende Wohnungsaufwand“, den all jene Bezieher der Mindestsicherung bekommen konnten, die mehr als 209,44 Euro monatlich an Wohnungsaufwand (Miete, Betriebskosten, Heizung) nachweisen konnten, wurde sang- und klanglos gestrichen. Dabei ist es gerade das teure Wohnen, das den Menschen zu schaffen macht. Der „ergänzende Wohnungsaufwand“ war nach Bezirken gestaffelt unterschiedlich hoch. Das war sinnvoll, da die Mieten in Graz höher sind als beispielsweise im Murtal. Das bedeutet, dass bei dieser Kürzung vor allem Grazerinnen und Grazer

draufzahlen.

Die Kürzungsmaßnahme fällt zusammen mit der Abschaffung der Wohnbeihilfe. Daher sind MindestsicherungsbezieherInnen von den Kürzungen beim Wohnen gleich doppelt betroffen.

Gekürzt wird auch bei Kindern und Jugendlichen. Erhielten diese als Mindestsicherung monatlich bisher 159,17 Euro, sinkt der Betrag nun auf 150,80 Euro.

K P Ö - L A b g . C l a u d i a Klimt-Weithaler: „Die Steirerinnen und Steirer mit den kleinsten Einkommen sollen die großen Budgetprobleme lösen. In Zeiten der höchsten Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten wäre die Regierung besser beraten, in Arbeitsplätze zu investieren, statt neue Hürden für Arbeitslose aufzustellen.“

Viel wurde geschrieben über die „soziale Hängematte“ und – vor allem in jüngster Zeit – über „Leute, die nichts eingezahlt haben ins System, aber jetzt die Hand aufhalten“. Dabei haben die meisten Betroffenen sogar Arbeit. Doch sie verdienen zu wenig, um davon leben zu können. Den Politikern kann's egal sein. Ihre Bezüge steigen trotzdem.



Menschen mit Behinderungen werden von den Einsparungen besonders hart getroffen.

Kommentar von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

**KPÖ** im Landtag

### Mehr Armut, mehr Schulden – und kein Ausweg in Sicht



Im Dezember wird der Landtag mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP ein neues Budget beschließen. Mit der radikalen Kürzung der Wohnbeihilfe haben wir schon einen Vorgeschmack bekommen, was auf uns zukommt.

Es ist immer am einfachsten, dort zu kürzen, wo sich die Betroffenen am wenigsten wehren können. Weil sie arbeitslos sind, weil sie angesichts der explodierenden Kosten um ihre Wohnung kämpfen müssen. Weil sie nicht zu jenen gehören, die es sich schon irgendwie richten können.

Die Schulden werden nicht weniger, wenn zuerst bei den Menschen mit den kleinsten und dann bei jenen mit durchschnittlichen Einkommen gekürzt wird. Je mehr Menschen arbeitslos sind oder von schlecht bezahlten Jobs leben müssen, desto geringer fallen auch ihre Abgaben und Bei-

träge ins Sozialsystem aus. Es wird gespart und gekürzt – und trotzdem wachsen die Schulden weiter.

Fast 70 % der öffentlichen Haushalte werden aus Massensteuern finanziert. Würden Gewinne und Kapital so besteuert wie Löhne, Gehälter und Umsatz, wären die Probleme viel leichter lösbar. Aber dazu fehlt der Politik der Mut – im Bund wie im Land. Da kürzen Schützenhöfer und Co. lieber bei denen, die schon jetzt nicht viel haben. Das darf so nicht weitergehen. Solange die „Kleinen“ die Hauptlast tragen müssen, obwohl ihre Kaufkraft seit Jahren nicht mehr steigt, wird es keinen Ausweg aus diesem Dilemma geben. Egal, wieviel noch gestrichen und gekürzt wird.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104  
ltk-kpoe@stmk.gv.at

### KPÖ: Zweifel an politischen „Reparaturen“ in Seiersberg

**INNERE STADT:** „Kleine und mittlere Gewerbebetriebe in der Inneren Stadt kämpfen zum Teil ums Überleben und haben sich obendrein an eine Vielzahl an rechtlichen Vorgaben und behördlichen Auflagen zu halten. Da ist es überhaupt nicht einzusehen, dass es sich das Shopping-Center Seiersberg richten kann“, kommentiert KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Alfred Strutzenberger** den Plan, das widerrechtlich betriebene Einkaufszentrum durch nachträglich beschlossene Gesetze und Verordnungen zu retten. Dieses Vorgehen wäre ein Schlag ins Gesicht aller, die sich an bestehende Gesetze halten.



Alfred Strutzenberger



Es muss nicht immer Pizza sein!

Rezept von  
Ulrike Pendl

### Einfache Dinkelkeks

#### Zutaten:

500 g Dinkelvollkornmehl  
250 g Butter  
200 g Zucker  
4 Dotter  
1 Packerl Vanillezucker  
Zitronenschalenabrieb

Aus den Zutaten einen Mürbteig bereiten. Eine Kugel formen und in Frischhaltefolie einwickeln. Mindestens drei Stunden im Kühlschrank rasten lassen.

Anschließend Scheiben schneiden und diese zu Stangen rollen (ca. 2 cm dick)

Dann 3 bis 4 mm dicke Stücke schneiden. Das funktioniert gut mit einer Teigkarte.

Auf ein Backpapier legen und ca. 15 - 20 Minuten bei 180 Grad backen.

Danach können die Kekse nach Belieben auch in Schoko getaucht werden. In einer Blechdose aufbewahren.

**Tipp:** Aus dem übriggebliebenen Eiklar lassen sich köstliche

### Kokos-, Mohn- oder Kürbiskernbusserl

zubereiten:  
Eiklar mit einer Prise Salz aufschlagen.  
200g Kristallzucker einschlagen.

Danach die gewünschten Zutaten unterheben.

Kleine Häufchen dieser Masse auf ein Backpapier formen und bei 80 bis 100 Grad Heißluft ca. 45 Minuten (je nach Größe) trocknen lassen!

# Die neuen Herrscher der Erde

## BlackRock: An fast allen Konzernen der Welt beteiligt

Man muss die Herrscher der Welt nicht unter den Personen suchen, die im politischen Rampenlicht stehen. Es ist die ökonomische Macht von Fonds und Beteiligungsgesellschaften, die vieles in unserer Gesellschaft lenkt. Der Ökonom Josef Falkinger zeigt das am Beispiel des Vermögensverwaltungs-fonds BlackRock.

Die Fondsgesellschaft BlackRock ist ein Gigant: Sie ist an fast allen Konzernen der Welt beteiligt und verwaltet unfassbare 4.700 Milliarden Dollar. In den Vereinigten Staaten ist BlackRock der größte Anteilseigner von einem Fünftel aller börsennotierten Unternehmen. In Deutschland wird mehr als ein Drittel der Dax-Konzerne von BlackRock gehalten. Die Liste reicht von Adidas, Allianz, BASF und Bayer, über die Deutsche Börse bis zu Siemens und Vonovia am Ende des Börsenalphabets.

Der deutsche Chemiekonzern Bayer ist dabei, die US-Nahrungsmittelfirma Monsanto zu übernehmen. Durch die Übernahme Monsanto durch Bayer für 59 Milliarden Dollar entsteht der größte Agrarchemiekonzern der Welt. Was aber die wenigsten wissen: Bei beiden Firmen ist BlackRock Mehrheitseigentümer.

### Der Super-Kapitalist

Auch im Bankenbereich ist BlackRock dominant. BlackRock ist der größte Anteilseigner von vier der fünf größten amerikanischen Banken, und in Europa der größte Anteilseigner zum Beispiel der Deutschen Bank, der niederländischen ING Bank, der englischen HSBC, der spanischen Banco Bilbao, und der zweitgrößte Anteilseigner von BNP Paribas, Unicredit und Banco Sanpaolo.“ BlackRock ist aber nicht der einzige Vermögensverwaltungs-fonds. Es gibt Vanguard mit 3.200 Milliarden Dollar verwaltetem Vermögen und Fidelity mit 2.000 Milliarden Dollar. Fondsgesellschaften verwalten

das Vermögen von vermögenden Individuen, Familien, Stiftungen, aber auch von sogenannten institutionellen Investoren. Letztere sind Pensionsfonds, Versicherungen, aber auch die großen Staatsfonds erdölexportierender Länder.

Das ist eine riesige Wirtschaftsmacht mit weitreichenden politischen Auswirkungen: Konzerne wie BlackRock können weltweit die Politik und Ökonomie bestimmen. Josef Falkinger: „Treffen sich die Vorstandsvorsitzenden der drei größten Fondsgesellschaften der Welt, brauchen sie nur noch einen sehr kleinen Tisch reservieren.“

### Zentralisierung

Die Schlussfolgerung des Ökonomen: Seit den 1980er Jahren werden Finanzmärkte liberalisiert, der internationale Kapitalverkehr entgrenzt und staatliche Kontroll- und Steuerungsmechanismen systematisch zurückgedrängt. Immer

ist das Hauptargument die Förderung der freien Konkurrenz und der Abbau staatlicher Monopole. Am Ende dieses Prozesses stehen private Monopole, die mächtiger sind als jeder Staat. Die öffentlichen Banken der 1960er und 70er Jahre orientierten sich an den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft und unterstanden der demokratischen Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Die modernen Monopole hingegen orientieren sich ausschließlich am Profit. Ihr Geschäft ist die Umgehung der Kartellgesetze – und damit die Verschwörung gegen die Öffentlichkeit.

(Quelle: mosaikblog 2016)



## ZVP Zentralverband der Pensionisten

### SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/ 71 24 80 – Voranmeldung erbeten.

### Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.  
– Ausfüllen von Formularen.  
– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).  
– Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz





# Lichtverschmutzung – muss das sein?

von Ruth Masser

Taghell erleuchtet wird die Umgebung dieser Wohnanlage

Licht zur falschen Zeit schadet dem Organismus von Mensch und Tier und ist obendrein Energieverschwendung

Wänden wegstrahlen, die Umgebung taghell ausleuchten und, nebenbei, Energie verschwenden. So wurden in einer neu errichteten Grazer Wohnsiedlung 400 Wandleuchten mit je zwei LED-Lampen (also 800 Lichtquellen!) gezählt, wodurch die Siedlung die ganze Nacht hell erleuchtet ist.

Posch unbestritten. Er empfiehlt, dass Licht grundsätzlich nach unten gerichtet sein soll, bedarfsgerecht eingesetzt werden und so wenig kalt-weiße Anteile wie möglich besitzen soll.

Daran sollte auch gedacht werden, wenn immer mehr Beleuch-

tung gegen das Unsicherheitsempfinden der Bürger gefordert wird.

**Weiterführende Informationen**  
Priv.Do.z.DDr.Thomas Posch  
„Das Ende der Nacht“  
[homepage.univie.ac.at/thomas.posch/index.php](http://homepage.univie.ac.at/thomas.posch/index.php)  
[www.hellenot.org/](http://www.hellenot.org/)

**W**ir kennen Umwelt-, Luft- und Wasserverschmutzung. Aber an Lichtverschmutzung denkt kaum jemand – außer Wissenschaftler, die sich mit diesem Thema befassen.

„Lichtverschmutzung“ ist die künstliche Aufhellung des Nachthimmels durch ineffizient eingesetzte Beleuchtungen.

## Taghell die ganze Nacht

Es gibt viele künstliche Lichtquellen, und es werden immer mehr: Straßenlampen, Leuchtreklamen. Gebäudebeleuchtungen usw. strahlen einen großen Teil ihrer Energie nicht nur in Richtung Erde, sondern auch in die Umgebung und in den Himmel.

Bei vielen Neubauten in Graz gibt es offene Laubgänge, die beleuchtet werden müssen. Obwohl Naturschützer, Ökologen und Astronomen empfehlen, Leuchten im Außenbereich so zu montieren, dass sie nur von oben nach unten strahlen, gibt es massenhaft Beleuchtungskörper, die von den

## Frostschäden durch Licht

Wissenschaftler haben festgestellt, dass Licht zur falschen Zeit den Zellstoffwechsel beeinflusst und zu Schlafstörungen bei Mensch und Tier führt. Falsch installierte Leuchten werden zur Falle für Insekten und Falter: Nachtaktive Insekten, die sich natürlicherweise am Mond orientieren, werden irregeleitet und verenden an Mauern und Werbetafeln. Pflanzen werden durch künstlich erhellte Umgebung in ihrem Wachstumszyklus beeinträchtigt. So wurde bereits vielfach beobachtet, dass Laubbäume in unmittelbarer Nähe von Straßenlampen ihre Blätter verspätet verlieren, wodurch es wiederum zu Frostschäden kommen kann.

## Licht bedarfsgerecht einsetzen

Dass Handlungsbedarf besteht, ist für den Astrophysiker Thomas



## Klusemann-Schule feierte 25 Jahre

Im September 1991 wurde mit der Klusemann-Schule die erste AHS im Grazer Westen eröffnet. In der Tradition der Reformpädagogik wurden hier von jeher neue Wege bestritten. Das Jubiläum wurde am 21. Oktober gefeiert, wobei die Schüler ihre Schule vorstellten und die Schwerpunkte wie Soziales Lernen, Politische Bildung, den Menschenrechtstag oder die verschiedenen Zweige der Oberstufe präsentierten. Namens der Stadt Graz überbrachte Vizebürgermeisterin Elke Kahr herzliche Glückwünsche und dankte dem Team der BG/BRG/NMS Klusemann mit Direktor Mag. Klaus Tasch. Sie betonte, dass alle Kinder, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, die gleichen Chancen auf Bildung haben sollten.



# Griechenland: EU diktiert Privatisierung des Trinkwassers

In Griechenland wird erprobt, was in ganz Europa durchgezogen werden soll, wenn der Widerstand ausbleibt. Der Ausverkauf öffentlichen Eigentums droht auch in Graz. Es gilt, gegenzusteuern.

Es gibt so viele Krisen in der EU, dass Griechenland fast in Vergessenheit gerät. Die Zeiten täglicher Schlagzeilen sind vorüber. Dabei wäre es aber wichtig, genau hinzuschauen. Griechenland wird – unter dem Druck der EU – zum Vorreiter bei der Privatisierung des Wassers.

In Österreich und in Deutschland gibt es massive Widerstände gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Siegfried Nagl hat (als er noch Finanzstadtrat war) vor vielen Jahren einen ersten Vorstoß in diese Richtung sofort abgebrochen, weil die Proteste so stark waren.

## Entscheidender Schritt

Das EU-Diktat sieht aber genau das vor: Die Privatisierung des Wassers. Und dieselben Politiker, die in ihren eigenen Ländern von diesem Schritt Abstand nehmen, weil sie die Reaktion der Wähler fürchten, haben diesen Einschnitt gemeinsam beschlossen.

Um die Auszahlung von 2,8 Milliarden Euro sicherzustellen, hat das griechische Parlament

Ende September den Transfer von EY-DAP und EDATH (Wasserbetriebe von Athen und Thessaloniki) an den Privatisierungsfond beschlossen. Das ist der entscheidende Schritt zur Privatisierung der zwei größten griechischen Wasserbetriebe. Beide Wasserbetriebe haben aufgehört, in erster Linie die Wasserversorgung und die Reinigung des Abwassers von Athen und Thessaloniki sicherzustellen, so wie es in ihren Statuten festgelegt ist. Sie werden instrumentalisiert, um dem Zweck zu dienen, insgesamt 50 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen zu erzielen.

Internationale Wasserkonzerne wie SUEZ lauern schon darauf. Die griechischen Betriebe sind nämlich sehr billig zu haben. Die übertragenen Betriebe werden nicht vom griechischen Staat, sondern von einem Aufsichtsrat geleitet.

## Modell für die EU

Die erzwungenen Privatisierungen in Griechenland haben Methode. Sie dienen als Modell



EU wirken schon jetzt in diese Richtung. Wenn der Kurs, den die bestimmenden Kräfte in der EU der griechischen Bevölkerung und der Regierung diktiert, durchgezogen werden kann, dann ist der Weg frei, um auch in Österreich die Energieversorgung, das Wasser und alle öffentlichen Einrichtungen auf den Markt zu werfen.

## Und in Graz?

In Graz ist es bisher gelungen, den Verkauf der Gemeindewohnungen und eine großflächige Privatisierung der früheren Stadtwerke oder der Müllabfuhr zu verhindern. Dazu hat die KPÖ viel beigetragen. ÖVP und FPÖ warten aber nur auf die Gelegenheit, ihre Freunde in der Wirtschaft mit Filetstücken aus dem öffentlichen Eigentum bedienen zu können.

für die vollständige Durchsetzung des Ausverkaufs der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge, auch bei uns. Die Mechanismen der

## Stadtteilzentrum Triesterstraße 66

Gesunde Nachbarschaft – in Gemeinschaft älter werden:

Dienstag, 29.11., **50+ Treffs im Stadtteilzentrum Triester, alle 14 Tage**, 14 bis 17 Uhr

Dienstag, 13.12.: „**Wenn die Tage kürzer und die Nächte länger werden ...**“, mit Beate Kopp-Kelter, Psychotherapeutin im Frauengesundheitszentrum, 14 bis 17 Uhr.

**Gemeinsam geht's leichter, Bewegungsangebot im Stadtteil Triester:** Nordic Walking: jeden Mittwoch (außer an Feiertagen), 10 Uhr, Treffpunkt Stadtteilzentrum

**Kegeln:** 1.12. um 14 Uhr, Treffpunkt Stadtteilzentrum

**Kreativ im Stadtteil:** Workshops mit Künstlern und Bewohnern 24.11., 14 bis 17 Uhr, Töpfern mit Barbara, Treffpunkt Stadtteilzentrum

**Spieltreff Gemeinsam spielen**, gemeinsam sinnvoll Zeit verbringen 14.12. 14 bis 17 Uhr, Stadtteilzentrum

Im Dezember wird Bingo gespielt, da gibt es auch Preise zu gewinnen!

**Tauschbörse Ich für dich und du für mich:** Die nächsten Treffen zum Kennenlernen finden am 22.11., 6.12. und am 20.12.2016 im Stadtteilzentrum statt.

**Wir sind füreinander da**

Geben Sie sich einen Ruck und rufen Sie an. Wir kommen zum Plaudern vorbei, helfen bei Erledigungen oder begleiten zu Terminen: Branka und Gertrud, Tel. 0677 621 100 68

In Gemeinschaft älter werden:

Barbara Predin, 0316/27 31 12, barbara.predin@stadteilzentrum-graz.at

Ulla Sladek, 0650/98 21 867, ulla.sladek@fgz.co.at

## Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

**VOLKSHAUSGRAZ**  
LJUDSKIDOMGRADec

für Kleinkunst, Theater-,  
Tanzaufführungen,  
Lesungen, Hochzeiten uvm.

**Großer Saal, 280 m<sup>2</sup>**  
**Kleiner Saal 60 m<sup>2</sup>**

Anfragen:

kurt.bauer@volkshaus-graz.at  
Tel. 0664 / 21 31 431



[www.volkshaus-graz.at](http://www.volkshaus-graz.at)



# Leskoschek-Haus: Bewahrenswertes wird bewahrt

Das Albrecher-Leskoschek-Haus ist zeit- und architekturgeschichtlich bemerkenswert. Aber es sollte zur Gänze einer Erweiterung des LKH weichen. Auf dem Grundstück ist die Neu-Errichtung der Universitätsklinik für Radiologie geplant.

In der Hilmeichstraße 24 baute der Architekt Herbert Eichholzer (als Österreicher von den Nazis hingerichtet) 1937 das Heim des Künstlers Axl Leskoschek und seiner Partnerin Herma Albrecher. Albert Kastner, der Miteigentümer des Grazer Großkaufhauses Kastner & Öhler, finanzierte es. Es wurde zu einer der Anlaufstellen des Widerstands gegen das NS-Regime.

Hunderte Unterschriften wurden gesammelt, um das ge-



schichtsträchtige Haus zu retten. Nun wird es eine Lösung geben. Es ist Elke Kahr gelungen, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen. Nun wird die bedeutsame Raumgeometrie in einen öffentlich genutzten Teil des Neubaus integriert.

Das offene Ohr von KAGes-Vor-

stand Univ. Prof. Karl-Heinz Tscheliessnigg und dem planenden Architekten DI Michael Pansinger hat wesentlich dazu beigetragen, ebenso wie der beherzte Einsatz von Architektin Jördis Tornquist, Dr. Antje Senarclens de Grancy, Peter Laukhart und anderen.

Das Buch  
„Hilmeich-  
straße 24.  
Haus Al-  
brecher-Les-  
koschek  
von Herbert  
Eichholzer.“



zeigt das Haus, das Eichholzer gebaut hat, und berichtet über die Schicksale seiner Bewohner. Die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Architektur, bildender Kunst, politischem Widerstand und persönlichen Verbindungen dürfen nicht vergessen werden.

Heimo Halbrainer, Eva Klein, Antje Senarclens de Grancy: Hilmeichstraße 24. Haus Albrecher-Leskoschek von Herbert Eichholzer. Mit einem Text von Mariella Enajat, Zeichnungen von Bettina Paschke und Fotos von Ramona Winkler. CLIO Graz 2016

[www.clio-graz.net](http://www.clio-graz.net)

## KOMMENTAR

### Schulautonomie – wozu das Theater?

Vor über 20 Jahren begannen in Österreich die ersten konkreten Überlegungen zum Thema „Autonomie“ von Schulen. Von Lehrerinnen und Lehrern anfangs interessiert aufgenommen, zeigte sich bald, dass nicht pädagogische Freiheiten, sondern die knappere Bemessung von finanziellen Zuwendungen durch die Regierung ins Auge gefasst wurde. Höhepunkt dieser grandiosen Entwicklung: An manchen Schulen wurde sogar das Klopapier knapp, da die Mittel für andere Notwendigkeiten des Schulalltags bereits verbraucht waren!

Auch der aktuelle Vorstoß von Ministerin Hammerschmid lässt die Schulpartner (Lehrerinnen/Eltern/Schülerinnen) nichts Gutes ahnen: Anstatt basisdemokratisch die Mitbestimmungsrechte von Schulgemeinschaftsausschuss

bzw. Schulforum auszubauen, obliegt nun z.B. die Festlegung der Klassenschülerhöchstzahl, die vom Gesetz nicht mehr reguliert werden soll, in Zukunft ausschließlich dem Direktor bzw. der Direktorin. Diese wiederum werden sich unter Umständen wegen knapper Ressourcen bald gezwungen sehen, Klassengrößen ansteigen zu lassen.

Wie soll auf diese Weise die immer wieder geforderte stärkere Individualisierung im Unterricht erreicht werden?

Wie kann weiters dem Vorwurf begegnet werden, dass Direktorinnen und Direktoren in Zukunft (da eigenverantwortlich) vor allem aus politisch ihnen nahestehenden Vorfeldorganisationen Lehrpersonal rekrutieren werden? Diese Vorgangsweise wäre leider ein Schritt zu mehr und nicht



Andreas Fabisch: Die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen nützen weder Schüler/innen, noch Lehrer/innen oder Eltern

zu weniger Parteipolitik an den Schulen.

Höchste Zeit wäre es stattdessen, alle Kraft in die schon seit Jahren angekündigten Ganztagschulen (möglichst mit verschränktem Unterricht) zu stecken. Vor allem auf dem Land merkt man von diesem Angebot noch so gut wie nichts. Und wo bleibt die gemeinsame Schule aller Zehn- bis Vierzehnjährigen?

Andreas Fabisch,  
Bildungssprecher der KPÖ



Foto: Stadt Graz/Fischer

### Pionierinnen im Grazer Rathaus

Seit dem Internationalen Frauentag 2015 gibt es im Grazer Rathaus eine weibliche Pionierinnen-galerie. Die Galerie wurde nun um 14 weibliche Vorbilder erweitert, eine von ihnen ist Maria Cäsar, österreichische Widerstandskämpferin und KPÖ-Aktivistin.

## GRAZER Stadtblatt

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.





www.volkshaus-graz.at



**VERANSTALTUNGEN  
im VolkshausGraz**

Samstag, 12. November, 10 Uhr

*Sozialabbau in  
Österreich*

mit **Anne Rieger,**  
**Emmerich Talos,**  
**Gerald Oberansmayr**

Symposium mit der Alfred Klahr Gesellschaft im Volkshaus Graz

Über die seit drei Jahrzehnten sich vollziehende Verschlechterung der sozialen Standards der Lohnabhängigen.

Mi. 23.11.2016 19 Uhr

*Auf den Spuren der  
slowenischen Partisanen*

Vortrag von Ernest Kaltenegger

Die Alternative zum Jakobsweg: auf dem »Weg der Kuriere und Melder« (Pot kurirjev in vezistov) kann man 1000 Kilometer – vorbei an zahlreichen antifaschistischen Gedenkstätten – quer durch Slowenien wandern



DI. 06.12.2016 19 Uhr

*»Vorwärts, und nie vergessen...«  
Streifzug durch die Geschichte des  
Arbeiterliedes*

Vortrag von Ernest Kaltenegger

Anhand von Hörbeispielen wird dieser spannende und gleichzeitig von den Eliten negierte Bereich der Kultur beleuchtet. Dabei kann man auch so manche Überraschung erleben...



Fr. 2. Dezember 2016 – 20.00 Uhr

6. GRAZER  
**PROTESTSONGCONTEST**

Laut gegen Sozialabbau,  
Rassismus oder  
Nagls Verbotspolitik!  
Publikum und Jury suchen  
den besten Protestsong.

Bewerbungen als  
Band oder Solo-KünstlerIn  
an [graz@kjoe.at](mailto:graz@kjoe.at)  
bis 25. November!

**PROTESTSONGCONTEST:  
BANDS GESUCHT!**

Am 2. Dezember findet der 6. Grazer Protestsongcontest im Grazer Volkshaus statt. Eingeladen sind alle Musiker und Bands. Gründe für Protestsongs gibt es mehr als genug: TTIP und Konzernmacht, Rassismus, niedrige Löhne, Verbotspolitik und die steigende Kluft zwischen Arm und Reich.

Die KJÖ Graz lädt dazu ein, dem Ärger Luft zu machen. Gegen wen oder was und in welchem Musikstil, das ist freigestellt. Am 2. Dezember werden die Lieder im Volkshaus (Lagergasse 98a) präsentiert. Mittels Publikumsvoting und Jury werden die größten Querköpfe gekürt. Zu gewinnen gibt es einen Studiotalag, Bier und weitere schöne Preise.

Schickt eure Protestsongs ganz einfach als mp3 per Mail an [graz@kjoe.at](mailto:graz@kjoe.at). Wir freuen uns auf eure Einsendungen, für weitere Fragen stehen wir natürlich per Mail zur Verfügung. Einsendeschluss ist der 25. November 2016.

Do. 8. Dezember 2016 – 18.30 Uhr

**12 TANGOS**  
ADIOS BUENOS AIRES

**»Otoño de Tango«**

18:30-20:00  
Film »12 Tangos - Adios Buenos Aires« (bei freiem Eintritt)

21:00-23:15  
**Milonga**  
Eintritt: 12 Euro

23:30-01:00  
DJ Stefan Körner

7./14./21. Jänner 2017 – 19.30 Uhr

**Tanzkurs für alle**



Thessa Hinteregger  
und Iliyan Donchev

Foto: Kanizaj Marija

Die Tanzschule **Iliyan Donchev** ([www.donchev.at](http://www.donchev.at)) bietet als Einstimmung für die Volkshausredoute 2017 am 28. Jänner Tanzkurse an. Die Teilnahme ist für Besitzer von Sozial-, - oder Kulturpass kostenlos, ansonsten wird um eine freiwillige Spende gebeten.

**7. Jänner 2017: Boogie und Salsa**  
**14. Jänner 2017: Walzer und Cha-Cha-Cha**

**21. Jänner 2017: Foxtrott und Discofox**  
Samstagstermine! - Beginn: jeweils ab 11 Uhr  
Dauer: pro Tanzeinheit insgesamt 2 Stunden  
Volkshaus-Bildungsverein, Lagergasse 98a, Graz

Anmeldungen unter: [office@donchev.at](mailto:office@donchev.at),  
[bl-graz@kpoe-graz.at](mailto:bl-graz@kpoe-graz.at), oder 0316 71 24 79

Der Ball für Alle  
**Volkshaus Redoute 2017**

Sa 28.1.2017, 20:00, Eintritt frei

Benefizveranstaltung zugunsten der Grazer Obdachlosen-Vereine





Wenn „der beste Songwriter auf Gottes Erden“ die „schönste Stimme der Welt“ trifft

## Regn en Wien: Ernst Molden und Willi Resetarits im Volkshaus Graz

**KPÖ**  
BILDUNGSVEREIN

<http://kpoe-bildungsverein.at/>

### PROGRAMM

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 71 29 59  
bildungsbildungsverein.kpoe-steiermark.at



Schon ihr erstes gemeinsames Album „Ohne Di“ wurde euphorisch aufgenommen. Für „Ho Rugg“ erhielten sie 2015 den deutschen Liederpreis. Aktuell ziehen der „beste Singer-Songwriter auf Gottes Erden“ – **Willi Resetarits** über Ernst Molden – und die „schönste Stimme der Welt“ – **Ernst Molden** über Willi Resetarits – im Album „Regn en Wien“ Bilanz ihrer mittlerweile zehnjährigen Zusammenarbeit. Mit dem Großmeister der Wiener Knöpferharmonika, **Walther Soyka**, und dem Herren am Stromruder, **Hannes Wirth**, ist die Idealbesetzung mit an Bord.

Am 1. Dezember gastieren die vier Herren im Volkshaus Graz.

Tickets sind im Zentralkartenbüro und in den Büros der KPÖ erhältlich – für Menschen mit schwachem Einkommen zum vergünstigten Vorverkaufspreis von 15 Euro

VVK: € 24,- (im Zentralkartenbüro, Herrengasse 6), AK: € 27,-

VVK-Sozialtarif: € 15,- KPÖ-Gemeinderatsklub, Rathaus und KPÖ-Büro, Lagergasse 98a, Tel. 0316/72 24 79

### BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz  
Nach Vereinbarung für alle  
zugänglich



Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Wir haben Bücher abzugeben.

Tel. Bernd Mugele 0664/736 46417  
<http://kpoe-bildungsverein.at>

## Christian Masser und die Country Zombies

## Don Kosaken Morosoff präsentieren: Die Legende von den Zwölf Räufern

Traditionelle Lieder und Tänze der Don Kosaken.

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz



Blues- und Country-Musik. Mit Christian Masser (Gitarre und Gesang), Kurt Bauer (Geige) und Gerhard Steinrück (Kontrabass).

Karten: € 14,- Abendkassa/€ 12,- Vorverkauf  
Tel. 0316/712479 und 0316/712959



AK: 16 Euro, VVK: 14 Euro Karten unter: 0650/423 1788  
Eine Veranstaltung von Morosoff Kosaken, mit Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins.





## Tiere suchen ein Zuhause

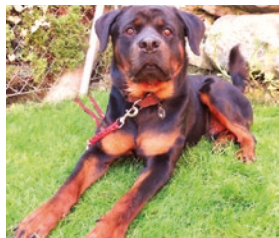
## TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



**Luna** ist eine 2,5 jährige, kastr. Staffordshire-Hündin, die nicht mit anderen Hunden und Katzen verträglich ist. Sie ist gerne das Zentrum der Familie und will verwöhnt werden. Luna ist menschenfreundlich und anhänglich. Wer nimmt sich ihrer an?



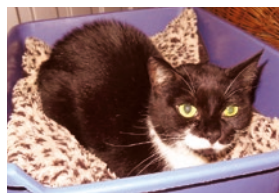
**Roland** ist ein ca. 1,5-jähriger, kastr. Rottweilermischlingsrüde, der noch Erziehung braucht. Er ist menschenfreundlich, aber etwas ungestüm und bleibt nicht alleine Zuhause, da er sonst anfängt, die Möbel anzuknabbern. Wer nimmt sich die Zeit, ihm die Verlustangst zu nehmen?



**Elli:** Mischlingshündin, geb. April 2011, eher klein gewachsen, mit starkem Charakter. Männern gegenüber argwöhnisch, mag keine Katzen. Sie ist mit anderen Hunden verträglich, übernimmt aber gern das Kommando. Sie braucht etwas Zeit, um Vertrauen zu fassen.



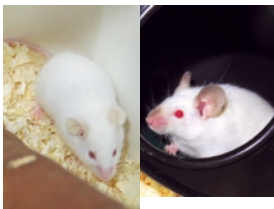
**Trude** ist eine ältere Perserkatzenzandame, die als Findling ins Tierheim gekommen ist, aber nie abgeholt wurde. Sie ist zutraulich, eher ruhig und würde sich ein schönes Heim von Herzen wünschen.



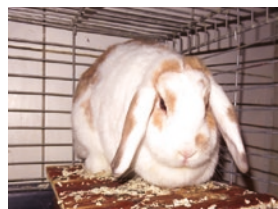
**Jeanny** ist eine kastr., im März 2008 geborene Wohnungskatze, die aufgrund eines Umzuges heimatlos geworden ist. Sie ist im Moment durch die veränderte Situation etwas verunsichert, lässt sich aber mit etwas Geduld dann gerne streicheln.



**Rosco:** ist ein ca. 2-jähriger, kastr. Streuner kater, der schon länger im Tierheim auf seine Familie wartet. Er beginnt bereits Vertrauen zu fassen und verträgt sich sehr gut mit anderen Katzen.



**Tipsi und Jenny** sind zwei weibliche Farbmäuse, die ausgesetzt wurden. Jetzt suchen sie ein schönes Mäuseheim zum Wohlfühlen!



**Zeus** ist ein kastr. Kaninchenrammler, der gefunden, aber leider nicht abgeholt wurde. Er braucht ein Zuhause mit mindestens einem Artgenossen und ausreichend Platz zum Herumhoppeln!

### AMSEL-Arbeitslosen-TREFF



[www.amsel-org.info](http://www.amsel-org.info)

**Pizzeria Contra Punto**  
Kosakengasse 9, 8020 Graz.  
Tel: 0699 / 81 537 867.

**NÄCHSTE TREFFtermine:**  
Do. 17.11.+ Do. 1.12.2016  
jeden 2. Donnerstag  
(werktag) im  
Monat von 17:00 Uhr bis  
19:00 Uhr.

**AMSEL-Hotline**  
für Arbeitslose

**0681/102 703 42**



### Schach-Training

Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundeheim Wetzelsdorf. Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28.

## Kleinanzeigen

**GESUCHT: Reinigungshilfe** alle 2 Wochen für 70m<sup>2</sup>-Wohnung. Bezahlung NUR mittels Dienstleistungsscheck. Zuverlässige Interessentinnen und Interessenten melden sich bitte unter 0660 – 34 09 884.

**TENA Heilbehelfe** für Pflegebedürftige: Einlagen und Windelhosen (L) orig.verpackt, pro Karton (276 Stück) € 7,-; brauner Velour-Wintermantel Gr.42 mit weichem Kunstfell-Innenfutter, weiter Kragen, um € 29,- abzugeben. Tel. 0660/31 25 161.

**Pflegebett**, elektrisch verstellbar (Kopf- und Fußteil), mit Bügel und Seitengitter verschiebbar, € 1500,-; Luftmatratze mit Pumpe € 500,-; Leibstuhl € 100,-; Rollator € 150,-; Gehhilfe, 3 Stück, je € 20,-. Tel: 066475043376, Preininger Melanie

**Wasserfilterkanne** zur Schadstoffminderung (Kalk, Chlor, Blei und Kupfer), Fa. Brita: €

5,-; elektrischer Doppellängschlitztoaster, Siemens elektronik: € 5,-; elektrischer Ölradiator, 2000 W, 3stufige Schaltung und Thermostatregelung: € 13,-; Adventkalender aus Stoff mit aufgenähten Taschen für kleine Überraschungen: € 4,-; 4 Stück Fensterbilder zum Aufkleben auf die Fensterscheibe, wieder ablösbar zur neuerlichen Verwendung: je € 1,-, Tel.: 0650 846 1231.

**„Herbstzeitlose“.** Alleinstandender Mann (72), sehnt sich nach lieber Zweierbeziehung. Ledig, häuslich. Spät, aber doch noch glücklich sein (kein Institut) Tel. 0316/32 31 36 (abends).

**Suche** nach einer Enttäuschung eine einfache und ehrliche **Frau** ab 40, Tel. 0664 148 5277

Verkaufe **Kleinmotorrad** „Ride-Classic“ 125 ccm Bj 2014 Neupreis € 1500,-, V.B. € 950,-, Tel. 0664 890 2801

**Entrümple** Keller, Wohnung, Haus oder sonstiges zu einem absolut fairen Preis, Tel. 0664 890 2801

Biete **Einkaufbegleitung** zur Unterstützung und Erhaltung der Eigenständigkeit. Nähere Infos unter [cphilipp.buero@hotmail.com](mailto:cphilipp.buero@hotmail.com) oder Tel. 0699 1191 110 20

**Zu vermieten:** FH-Nähe, 1 Zimmer 20 qm, teilmöbliert inkl. Internetanschluss, inkl. BK, Preis: 350 Euro, Tel. 0660/21 82 438.



## Lernstation in der Augasse

Gemeinsam mit aktiven Bewohnern in der Augassensiedlung wurde eine Lernstation mit engagierten ehemaligen Lehrern und Helfern zur Lernbetreuung der Kinder eingerichtet:

**Mo. und Do. 15:00 bis 18:00 Uhr**

Freitags: Elternbegleitung in Kooperation mit den Kinderfreunden von 14:30-17:00 Uhr

Dienstag und Mittwoch sind für weitere Aktivitäten, wie Mediation und konstruktive Konfliktberatung, Siedlungsradio für alle, Nachbarschaftscafés, Gemeinschaftsgarteln, Spielenachmittage für Groß und Klein, jährliche Siedlungsfeste und Ausflüge usw., reserviert. Regelmäßig treffen sich Bewohner im Nachbarschaftscafé.

Siedlungszentrum Augasse Plus (Augasse 114a, Seiteneingang)



## Christbaumverkauf

Arnold Gratz aus St. Oswald bei Plankenburg verkauft Christbäume in der Augasse. Die Familie Gratz verkauft seit 1964 steirische Christbäume.

**Von 13. Dezember bis 24. Dezember**  
Verkauf in der Augasse 114,  
von 9-18 Uhr





## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

### Volksbefragung zum Murkraftwerk

Die Proteste laufen ja schon seit vielen Jahren unüberhörbar bei der Stadt ein, werden aber nicht ernst genommen. Dafür können die Projektbetreiber die Ergebnisse ihrer Befragungen laufend in der Presse publizieren - in hoffentlich bezahlten Inseraten, die man ja über den Strompreis finanzieren kann. Soll womöglich die Politik künftig überhaupt vom Inseratenkampf abgelöst werden?

Ich sehe hier eine Verweigerung der Stadtregierung, die Grazerinnen und Grazer in einer für die Zukunft der Stadt existentiellen Frage einzubeziehen, obwohl Gesetze das verlangen. Die Bürger sollen den Mund halten und zahlen - das werden sie sich aber nicht gefallen lassen!

Dipl. Dolm. Peter Laukhardt  
SOKO Altstadt

### Abschaffung der Wohnbeihilfe

Ich habe Sozialarbeit studiert. Wenn ich meine Karriere Revue passieren lasse, kann ich sagen, dass ich alles erreicht habe, was ich mir als Ziel gesetzt hatte. Es gibt kaum einen Bereich der Sozialarbeit, in dem ich nicht gearbeitet habe.

Habe. Vergangenheit. Es kam der Bruch. Das Aus. Schwere, unheilbare Krankheit. Berufsunfähigkeitspension, durchgesetzt wider aller Schikanen, die sich mir entgegenstellten. Sechs Jahre Trauer, Abfinden. Das Gefühl, nichts mehr wert zu sein.

Die Demo gegen die Abschaffung der Wohnbeihilfe, ist wichtig für mich.

Da stehen wir also beim Künstlerhaus. Abmarschbereit. Wir alle haben etwas, das uns verbindet: Angst. Und Trotz. Kurze Überschlagsrechnung der

finanziellen „Ressourcen“. Mindestpension plus Ausgleichszulage minus Krankenversicherung. Wohnbeihilfe. Soll doch bis zum Neuantrag unverändert bleiben. Wann ist sie wieder zu beantragen? Ach ja, im Jänner 2017. Und dann? Übergangslösung? Schonfrist? Wie lange? Ein Jahr? Und dann? Und um wieviel wird sich die Miete erhöhen? Die Betriebskosten? **Wo kann ich sparen? Wo noch?** Jetzt wird's eng. Verdammt eng. Existenzbedrohend.

Es ist beschämend! Nicht für mich, denn ich fühle nur den eisigen Herbstwind, der mich frieren lässt. Und ich frage mich: Ist es „nur“ der eisige Herbstwind, der mich frieren lässt? Doch ich bin unter Meinesgleichen. Und ich tue etwas. Wir geben uns ein Stückchen Menschenwürde zurück.

Luise Fötsch

### Wichtige Arbeit für die Menschen

Liebe Frau Kahr, nachdem ich mir das Stadtblatt durchgelesen habe, hab ich mir gedacht, was für großartige Arbeit Sie im Bereich der Gemeindewohnungen leisten. Es ist beeindruckend, was man alles schaffen kann, wenn man seinen Job und die damit verbundene Verantwortung ernst nimmt. Sie leisten wirklich gute und wichtige Arbeit für so viele Menschen in dieser Stadt! (Und ich meine einerseits Sie persönlich, andererseits auch viele andere Politikerinnen und Politiker der KPÖ.)

Danke für Ihr großes Engagement. Renate Baer

### Mur-Kraftwerk und Entlastungskanal

Es ist erschreckend, mit welcher Verantwortungslosigkeit politische Entscheide über Großprojekte getroffen

werden und dabei die Bevölkerung als „Stimmvieh“ missbraucht werden.

Eine Volksbefragung über das größte aktuelle Grazer Projekt ohne qualifizierten objektivierte Vergleich zwischen a) IST-Stand, b) mit Kraftwerk und Entlastungskanal und c) ohne Kraftwerk + Verbesserungen – ev. mit Kanal (und zwar ohne Propag-

andaübermacht der Projekt-Befürworter) ist ein „Umding“ und schon lange nicht Stand des Wissens und eine „Unkultur“!

Arch. Prof. DDI Dr. Helmut Hoffmann

### Wiederaufforstung nach Kraftwerksbau

Soll man bei der versprochenen „Wiederaufforstung“ nach dem Bau des

Murkraftwerks in Puntigam die Baumpflanzungen südlich der Autobahnbrücke und nördlich des Kraftwerkes Gössendorf als Maßstab nehmen?

Da stehen nämlich nur mehr die Steckerl, die verdorrten Astln den Halt geben. Wachsen tut dort nur, was ohnehin auf jeder Gstättn wächst.

Name bekannt

## GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich!

Senden Sie die Lösung an: stadtblatt@kpoe-graz.at  
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

- Die **564.** wurde übergeben. (S. 2)
- Sie wurde abgeschafft. Mehr als tausend Menschen gingen daher auf die Straße. (S. 4)
- 7.871 Unterschriften wurde gesammelt, damit **sie** endlich weg kommt. (S. 6)
- Statt für Banken gibt die KPÖ ihr Geld für **sie** aus. (S. 7)
- Eine Beteiligung am Murkraftwerk kommt für die Wien Energie nicht in Frage – sie will noch ... (S. 8)
- Für viele Menschen kann **er** zum Problem werden. (S. 10)
- Für Obdachlose bietet **es** eine Heimat. (S. 14)
- Dieser **Fonds** ist an fast allen Konzernen der Welt beteiligt. (S. 16)
- Zur falschen Zeit schadet **es** dem Organismus. (S. 17)
- Sie** diktiert Griechenland die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. (S. 18)
- Wozu das Theater fragt man sich bei **ihr**. (S. 19)
- Zum sechsten Mal findet der Protestsongcontest heuer statt – **sie** werden noch gesucht. (S. 20)
- Am 1. Dezember gastieren **hier** Ernst Molden und Willi Resetarits. (S. 21)





## Wohnen darf nicht arm machen

# Hände weg von der Wohnbeihilfe



Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

**Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.**

Nun werden Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen Vermögen den Betrag von 4.189 Euro überschreitet. Viele Menschen haben einen Notgroschen angelegt, wer gespart hat wird nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen. 2009 hat das Land Steiermark noch 73,4 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe ausgegeben. 2014 waren es nur noch 46,3 Millionen. 2011 wurde der Zuschuss für die Betriebskosten halbiert. Die neue Wohnungssicherung ist ein weiteres brutales Kürzungspaket auf dem Rücken der Menschen, die ohnehin mit wenig Geld auskommen müssen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe.

### Wir fordern:

- **Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe**
- **Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen**



Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift